

# Landes-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8spaltige 34mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Kolumnen die 92 mm breite Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen, ferner die Anzeigenpreise, Erfüllungsort: Halle, Erbsheim Noth 2 mal, Sonn- und Feiertage 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braunstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Kasse Leipzig Nr. 4660.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 3,00 Mark, vierteljährlich 9,00 Mark, durch die Post 7,50 Mark auschl. Postgebühren. Bestellungen werden von allen Kreispostämtern angenommen. Im am 1. Januar 1920 ist die Halle-Zeitung eingetroffen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit der Quellenangabe. Halle-Zeitung gest. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 11333

Nr. 18.

Halle, Montag, den 12. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

### Abermals eine deutsche Protestnote.

Berlin, 12. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Am Sonnabend ist durch Kurier eine deutsche Note nach Paris abgegangen, die vermutlich heute überreicht und veröffentlicht werden wird und gegen die für die besetzten Westgebiete erlassene militärische Ordnung vertritt. In diesem Zusammenhang verdient auch ein lauter Protest der Rheinischen Landmannschaften der beiden Gebiete Eupen und Walmden Erwähnung, der sich dagegen wendet, daß die Entente nicht nach dem Willen der Bevölkerung dieser Gebiete gefragt hat und sie einer Abstimmung unterwerft, die nur als ein Schritt auf eine Selbstbestimmung bezeichnet werden kann. Der Aufruf weist auf darauf hin, daß auch die wohnsitzliche Bevölkerung in diesen beiden Gebieten von der Lebergabe an Belgien nichts wissen will und alle entgegenstehenden Besatzungen scharfe Zügel sind.

### Entente-Diplomaten für Berlin.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die ersten Beglaubigungsschreiben der Entente-Diplomaten sind nunmehr in Berlin eingetroffen. Von englischer Seite ist Lord Milner, der frühere erste Sekretär der englischen Botschaft in Kopenhagen zum Gesandten für die deutsche Regierung ernannt worden. Von französischer Seite ist der ehemalige französische Generalkonsul von Genoa, Herr von Marcellis, und von italienischer Seite der frühere italienische Gesandte in Rom, Herr von Marcellis, als Vertreter der Entente in Berlin ernannt worden. Deutsche Ernennungen sind bisher nicht erfolgt, stehen aber unmittelbar bevor.

### Verbot von politischen Versammlungen in München.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Vom nächsten Montag an sind in München sämtliche politische Versammlungen bis auf weiteres verboten.

### Sabotage und Telegraphenleitungen.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des Streiks der Telegraphenarbeiter sind im Direktionsbezirk München 50 Fernsprech- und Telegraphenleitungen durch Sabotage unterbrochen. Zur Aufrechterhaltung der Betriebe wurde Militär eingesetzt.

### Mandatsniederlegung Winnigs.

Berlin, 12. Januar. Wie die „P. B. N.“ erfahren, hat der Oberpräsident von Ostpreußen Winnig ein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Er war in Bonnern gewählt.

### Ein Aufruf der Leipziger Mehrheitssozialdemokratie.

Leipzig, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Mehrheitspartei Leipzig wandte sich in der „Freien Presse“ in einer Kundgebung an seine Parteigenossen. Nachdem er zunächst eine Kritik über die Unterzeichnung des Friedensabkommens äußert, wendet er sich dagegen, daß der Friedensschluß mit politischem Unfrieden begrüßt werden soll. Ganz offen werden die Arbeiter durch die Unabhängigkeitspartei aufgefordert, durch Arbeitsniederlegung das kommende Betriebsabkommen zu sabotieren. Nicht Demokratie sondern Diktatur wollen diese Herrschaften in den Betrieben. In der kommunistischen Unabhängigen Propaganda erblickt die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Entsehung des Bürgerkriegs. Das bedeutet nicht Beseitigung des Sozialismus, sondern fördert die Reaktion.

### Kundgebung des Posener Oberpräsidenten.

Posen, 12. Januar. Als Generationspräsident von Posen versammelt, als stellvertretender Oberpräsident der Provinz Posen eine Kundgebung, die unter dem Hinweis auf den Übergang der Staatsmacht auf Polen den preussischen Beamten und Beamten für ihre treue Arbeit in der Diktatur des preussischen Staates dankt. Die Kundgebung schließt mit den besten Wünschen für diese nach 1 1/2 Jahren während der preussischer deutscher Herrschaft nicht abzutretenden Gebiete. In Trauer, aber auch in voller Zuversicht blickt das deutsche Vaterland auf das deutsche Volkstum, das hier zurückbleibt und das die deutsche Gefühls- und das deutsche Leben, Empfinden, Fühlen und Denken allezeit zu erhalten wissen wird. Auch das Vaterland bewahrt dem Volkstum in der Fremde Treue bis zum letzten Sauch.

### Schleswig erwartet die Entente-Kommission.

Berlin, 12. Januar. In Flensburg ruht man damit, daß die internationalisierte Kommission, die in Kopenhagen zur Arbeit bereit ist, Ende der Woche eintrifft. Mit der Übernahme der Regierung durch die Kommission wird an die Übergabe des Abkommensgebirgs eine neue Paragrafen erlassen werden. Die Folgenreiche bleibt unverändert, ebenso geht der Eisenbahnerstreik weiter wie bisher.

### Ein deutscher Lebensmittelzug in Wien.

Wien, 11. Januar. Heute fuhr hier der deutsche Lebensmittelzug ein. Die Bürgermeister Winter empfing den Zug namens der Stadt Wien und richtete

teile an die deutsche Abordnung herzliche Begrüßungsworte. Der Liebeszug besteht aus 31 Wagen, darunter drei Wagen mit Liebesgaben der Stadt Königsberg.

### Neue französische Schwierigkeiten.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Von französischer Seite wird wie aus Pariser Meldungen hervorgeht, uns unter anderem als wärend Schwierigkeiten im Abtransport der Gefangenen durch Deutschland verurteilt. Bis wir von unrichtiger Seite erfahren, trifft dies nicht zu, vielmehr ist von französischer Seite bisher eine Anforderung von Eisenbahnmateriale noch nicht ergangen, und erst heute Morgen sind aus Paris Mitteilungen des dortigen deutschen Militärbevollmächtigten Major Draudt mit Einzelheiten über den Abtransport eingegangen. Von deutscher Seite ist man bereit, bis zu 12 000 und mehr Gefangene täglich abzugeben, fordern die Eisenbahner für die Abtransport keine Hindernisse für den Abtransport bilden sollten. Tatsächlich wollen aber die Franzosen gar nicht so viele Gefangenen täglich ausliefern, sondern von ihnen angegebene Zahl beläuft sich auf 6000 bis 7000 Mann täglich, die auf drei großen Linien nach Deutschland zurückgeführt werden sollen.

### Amerika und die österreichische Anschließfrage.

Rotterdam, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Times“ aus New York melden, wird die Erklärung Woodruffs gegenüber des Selbstbestimmungsrechts Österreichs im amerikanischen Senat gebilligt. Es habe sich die Leberzeugung durchgesetzt, daß den deutschen Gebieten in Mitteleuropa gestattet sein müsse, sich mit Deutschland zu vereinigen, wenn sie dies wünschen.

### Neuwahlen in Südafrika.

Rotterdam, 12. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times“ melden aus Kapstadt: Die Neuwahlen in der südafrikanischen Union werden vermutlich am 10. März beginnen.

### Die Senatswahlen in Frankreich.

Paris, 11. Januar. Eine erste Zusammenstellung über die Senatswahl hat folgendes Ergebnis: Konservative: 11, liberale Republikaner: 8, fortgeschrittene Republikaner: 11, Antirepublikaner: 32, Nationalistische und Nationalistische: 56, soziale Republikaner: 1. Es finden 111 Sitze zu wählen. Im Departement Jura wurde im ersten Wahlgang der Minister des Inneren Pichon, im Departement Meuse im zweiten Wahlgang Poincaré mit 742 von 750 Stimmen gewählt.

### Eine Verhigungsrede des Ernährungsministers.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Reichsernährungsminister Schmidt entrollte gestern vor einer Versammlung Berliner Parteigenossen ein umfassendes Bild unserer Ernährungsfrage. Er gab die Versicherung, daß wir durchkommen werden, wenn keine gewalttätigen Störungen eintreten. Sollte sich später herausstellen, daß eine größere Spararbeit mit dem Brotgetreide notwendig ist, dann können wir, so sagte der Minister, nötigenfalls durch stärkere Ausweitung und Herabsetzung der Rationierung auf das Maß, das wir in den Kriegsjahren hatten, leicht parieren, daß die Preisverhinderung ohne Zweifel gescheit ist. Sollte sich die Verhinderung seitens der Randwirtschaft, so wären wir gezwungen, das Produktionsniveau härter und schärfer anzuziehen. Der freie Verkehr mit den unentbehrlichen Lebensmitteln würde zu unerträglichen Preissteigerungen führen. Die Preisverhinderung hat den Erfolg gehabt, daß eine Viehzucht von 40 000 Tausend pro Tag erzielt haben. Dem Getreide, die Inlandpreise dem Weltmarktpreis angeglichen, werde ich nicht folgen. Dann würde 3.8 der Preis des 4.2 pfündigen Brotes auf 1.50 zu liegen kommen. Die für die Preisverhinderung zur Verfügung gestellten 1/2 Milliarden sind nahezu aufgebraucht. Im letzten dreiwöchigen Viertel sind für 11 Milliarden Lebensmittel und Rohstoffe angeschafft worden. Unser Unglück ist die unzureichende Kopienproduktion. 50 Prozent mehr Rohle und wir wären über die Schwierigkeiten hinweg.

### Weitere Verschärfung der Eisenbahnerbewegung.

Kattowitz, 11. Jan. Seit Sonnabend hat sich die Lage im ober-schlesischen Eisenbahnbetrieb weiter verschärft. — Eine heute in Glatz abgehaltene Arbeiterversammlung wird über die Streiklage Bescheid lassen. Die Notstandsarbeiten werden zum größten Teil noch verrichtet. Unruhen, Störungen und Sabotagefälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Der Eisenverkehr wurde in beschränktem Umfang aufrechterhalten. Der Personalverkehr wird fast ganz abgebrochen. Der Personalverkehr wird fast ganz abgebrochen. Der Personalverkehr wird fast ganz abgebrochen. Der Personalverkehr wird fast ganz abgebrochen.

Der Eisenbahnerstreik hat gestern sowohl im rheinisch-westfälischen Industriegebiet als auch in Oberschlesien eine Ausdehnung erfahren. Durch den Streik der Arbeiter der Ruhrpottindustrie ist eine neue Welle des „Brot- und Fleischmangel“ binnen kurzem der Verkehr nach Holland lahmgelegt worden.

## Die Deutschnationalen fordern den Staatsbankrott.

In einer von der Deutschnationalen Volkspartei in Halle kürzlich einberufenen öffentlichen Versammlung, die der Vorsitzende, Kreisinspektors Bujje leitete, forderte der als Redner ergriffene Generalkonsul Kunze-Berlin offen den Staatsbankrott. Bujje führte er aus, daß für ihn der Staatsbankrott kein „Gefenst“, sondern eine Entscheidung bedeute. Ein Staatsbankrott sei gar nicht so fürchtbares. Die Forderungen der Nationalen würden eben für eine Zeit oder dauernd eingetriggt bzw. herabgesetzt. Seiner Ansicht nach würde unsere Regierung den Staatsbankrott nur deshalb hinaus, um den Interessen des Kapitals zu dienen. Sozialdemokraten und Demokraten fordern die Beibehaltung dieses Kapitals und es wäre ihnen nicht darauf an, die Not des Volkes zu lindern, sondern nur darauf, ihre Taschen zu füllen. — In diesen Worten ist zunächst einmal klar und klar das Ziel ausgesprochen, auf das die Deutschnationalen hinarbeiten. Sie wollen den Zusammenbruch. Den Zusammenbruch, der alle die kleinen Sparrer und Kleinrentner von Kriegerrenten, Landwirte, Handwerker, Rentner, Kaufleute, Angestellte und Arbeiter, ungewissermaßen mit in den Abgrund risse. Den Zusammenbruch, der die Staatsrenten und Beamte zur Verzweiflung treiben und uns im Ausland die Kreditmöglichkeit und damit den Erwerb von Rohstoffen und Lebensmitteln glatt unterbinden würde. Den Zusammenbruch, der die weitere Leistungsfähigkeit der staatlichen Versorgungsanstalten, der Krankenkassen sowie der Lebens-, Unfall- und Feuerversicherungsgesellschaften auf das Schwere in Mitleidenhaft ziehen und unserer ganzen Geld- und Volkswirtschaft den Rest geben würde. Dies alles wollen sie in der Hoffnung, das aus dem neuen Zusammenbruch die alte konservativ-reaktionäre Herrschaft wieder emporstehen und die verhasste Demokratie beseitigt werden könne. Das nennt die Deutschnationalen Volkspartei „nationaler Arbeit“ leisten. — Herr Kunze hat durch seine rührendste Offenheit der Öffentlichkeit einen Gefallen erwiesen, denn nun weiß doch jeder, wohin die angeblich nationale Rechte und das patriotische Getöse von Kunze & Co. geht. Und es ist auch weiter für die Öffentlichkeit von hohem Interesse, daß der Vorsitzende der Halleischen Deutschnationalen, Herr Kreisinspektors Bujje, Herrn Kunze für seine Ausführungen ganz besonders einen Dank am Schluß der Versammlung ausgesprochen hat. Denn damit ist erwiesen, daß die Führer der Deutschnationalen sich mit der Kunzeischen Denkart, die im früheren Diktatorat schon den dunkelsten Flecken des reaktionären Weltbetrachtungsbildes bildet, identifizieren. Weiter sind die Ausführungen Kunzes identifizieren für die Öffentlichkeit von Wert, weil er Sozialdemokratie und Demokratie als Schädiger des Kapitals, die Deutschnationalen Volkspartei aber als die Vertreterin von Volksinteressen hinstellen vertritt. Wenn ein Kunze, der noch faktisch bekannte Agitator einer rührendsten Funktion herrschaft, das sagt, dann weiß auch der politisch ungeschulte Mann, wie die Glode geschlagen hat. — Herr Kunze kann weiterkommen. Als früherer Werbestoffel des Januschausers hat er dessen Gepflogenheiten getreulich konterreiert und rückt mit der Farbe heraus. Das hat sein Gutes. Denn er beweist so die Fähigkeit der heutigen Deutschnationalen mit den früheren Konservativen und trägt als ehemaliger Werbestoffel der konservativen Partei, die er seinerzeit in Ostpreußen politisch auf den Hund brachte, als unehrliche „Leute“ der Deutschnationalen einen Zug unheimlichen Humors in unsere trüben Tage, für den man ihm Dank wissen und sich dabei sagen wird: „Von Zeit zu Zeit hör' ich den Alten gern“.

### Sturm im Reichsrat.

Genau die Erzbergerischen Steuerpläne. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Sonnabend, die unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger stattfand, wurden eine Reihe von Gesetzentwürfen und Beschlüssen an die zuständigen Ausschüsse verwiesen, darunter die Entwürfe eines Erbsteuerabgabengesetzes und eines Ergänzungsgesetzes. Auf die Frage des Reichsfinanzministers Erzberger, wann die Ausschüsse die beiden Entwürfe zu erörtern geschickte, erwiderte der Vertreter Preußens, daß dies bei der tiefenstehenden Bedeutung dieser Vorlagen für das Wirtschaftsleben nicht vor Montag, den 19. Januar möglich sein werde. Der Reichsfinanzminister Erzberger erwiderte, daß die beiden Gesetzentwürfe dem Reichsrat rechtzeitig zugegangen seien, daß die übliche Frist von 14 Tagen gewahrt sei und daß

# Die Verpflichtungen Deutschlands nach der Ratifizierung.

## Die territorialen Abtretungen. — Die Kommissionen der Entente.

Mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Friedensvertrages haben wir folgende Territorien abgetreten:

Sämtliche Kolonien an den Völkernbund, Ostschlesien an Frankreich, den größten Teil der Provinz Westpreußen an Polen, ein Teil Ostpreußens an Polen, einen Teil Ostpreußens an Litauen, einen Teil Ostpreußens (Memel um) an die Alliierten, den Freistaat Danzig an die Alliierten. Aber die Zugeständnisse weiterer Teile Deutschlands haben volle Zustimmung stattgefunden, und zwar: im Saargebiet (nach 15 Jahren), im Silesen Ostpreußens, in Westpreußen, in Oberschlesien, in Eupen-Malmédy.

Mit Inkrafttreten des Vertrages erwidert der französische Staat den vollen und unumschränkten Besitz aller Kohlenlager innerhalb der Grenzen des Saarlandes, zu dessen Verwaltung eine Kommission eingesetzt wird, die den Völkernbund vertritt.

Die deutschen Festungen rechts des Rheins und die Befestigungen des Saarländes sind binnen einer festzusetzenden Frist zu schließen.

Die deutsche Heermacht ist auf das von den Alliierten festgesetzte Höchstmaß herabzusetzen.

Deutschland hat die von den Alliierten festzusetzenden Gebiete von Weinen aus betreten zu lassen.

Die deutsche Flotte darf keine Land- oder Marinekräfte umfassen.

Auslieferung der Kriegswaffen, Internationalisierung der Flüsse, Freiheit der Schifffahrt.

Ablieferung eines Teils des Hafensmaterials für die Scapa Flow an zentralen deutschen Kriegsschiffe.

Übertrag der Archive, Register, Pläne usw. der an Belgien abzutretenden Gebiete durch die deutsche Regierung; Wiederherstellung aller weggeführten Dokumente (Art. 35).

Mit Bereinigung der Eisenbahnen, Züge in den Besitz aller ihrer Güter, Rechte und Interessen, soweit sie auf deutschem Gebiet betragen und ihnen am 11. November 1918 gehörten. (Art. 60.)

Auflösung der militärischen und halb-militärischen Vereinigungen in Oberschlesien; Bildung einer internationalen Kommission und int. validierter militärischer Befehle in Oberschlesien. Anwendung des Abkommens von 1902 betreffend die neuen österreichischen Zolltarife und des Wagnis-Abkommens von 1905. (Art. 126.)

Schlichtung der Zahl und des Kapitals der Geschäfte, die die Schlichtung der Zahl und des Kapitals darstellen, welche Deutschland behalten darf. (Art. 167.)

Auslieferung aller deutschen U-Boote.

Schiffe, die sich außerhalb der deutschen Häfen befinden. (Art. 154.)

Abbruch aller zurzeit im Bau befindlichen Ueberwasser-Brücken. (Art. 156.)

Abbruch der Hilfskreuzer und Hilfskriegsschiffe. (Art. 157.)

Schließung der Befestigungen der belagerten Werke, Anlagen und festen Plätze; die in einer Zone von 50 Kilometern vor der deutschen Küste liegen. (Art. 196.)

Auslieferung des ganzen militärischen und Marineflugzeugmaterials an die Alliierten. (Art. 202.)

Zurückstellung aller Gegenstände, Werte und Urkunden, die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte gehört haben und etwa von den deutschen Behörden zurückgehalten sind. (Art. 223.)

Gegenseitige Mitteilung der vertragsschließenden Teile aller auf die Vertragsenden bezüglichen Auskünfte. (Art. 224.)

Ausgabe von besonderen Schutzpapieren seitens Deutschlands zugunsten Belgiens. (Art. 232.)

Rücklieferung in bar des weggeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Bargeldes, mit Rücklieferung der weggeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Tiere, Gegenstände aller Art und Wertpapiere. (Art. 238/239.)

Bildung der Abwehrkommissionen (Abwehrkommissionen) durch die alliierten und assoziierten Mächte.

Ausgabe von 100 Milliarden Mark zu Zwecken der Wiederherstellung, Wiederherstellung der in den Art. 252 und 257 aufgeführten Verträge und Konventionen.

Verpflichtung Deutschlands, die alliierten und assoziierten Mächte und ihre Staatsangehörigen an allen Fronten und Werten, die dritten Mächten seit dem 1. Aug. 1914 gewährt sind, teilnehmen zu lassen.

Verbot an alle vertragsschließenden Teile, Jagdungen und Ueberweisungen jeder Art anders als durch Vermittlung von Bräutigams- und Auslegungsmitteln vorzunehmen.

Aufhebung oder Einstellung aller deutschen auf Güter, Rechte und Interessen sich erstreckenden Kriegsmassnahmen.

Wiederherstellung der Tätigkeit der europäischen Donau-Kommission, die jedoch vorläufig nur aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Rumäniens gebildet wird.

Wiederherstellung des Mannheimer Abkommens von 1868, betreffend die Regelung der Rheinschifffahrt.

Erneuerung der Berner Konvention über die Eisenbahntransporte. (Art. 366.)

Als einzige Gegenleistung hat die Entente die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen zugestimmt.

## Die Stellung der Arbeitnehmer.

Berlin, 10. Jan. Beim Arbeiterverband deutscher Verfahrungsunternehmen ist heute folgende schriftliche Erklärung eingegangen:

1. Wir erheben keinen Widerspruch gegen die völlig gleichberechtigte Mitarbeiterhandlung derjenigen Angestelltenverbände, die nachweisen können, daß sie der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer angeschlossen sind und Versicherungsanstalten vertreten.

2. Wir lassen unsere neuen Forderungen über das Mindestlohnangebot fallen. Es werden nur die Forderungen zum Mindestlohn gemacht, nach unserer Ansicht ein wirtschaftlich gerechtes.

3. Im übrigen bildet der Reichsarbeitsvertrag vom 12. Mai 1918 die Grundlage für die Verhandlungen.

Unter der Bedingung, daß der Arbeitsvertrag dem deutschen Verfahrungsunternehmen, so, wie es nach dem Inhalt dieser unserer Erklärung sich zur sofortigen Aufnahme der Tarifverhandlung bereit erklärt, verpflichtet wir uns, den Streit unverzüglich als beendet zu erklären unter der Voraussetzung, daß sämtliche Streitenden in ihre bisherige Arbeit wieder eintreten. Ueber die Begehung der Streitfrage wäre eine Verhandlung anzusetzen.

Berlin, 10. Januar.

Zentralverband der Angestellten.

Der Vorstand.

ges. Siebel. Dr. Volkrecht.

Der Wahnsinn des Verkehrsstreiks

Berlin, 11. Jan. Folgende gemeinsame Kundgebung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung wird mitgeteilt:

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Leiden und Leistungen für uns anbricht, trifft Deutschland inmitten einer neuen Streikbewegung. Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still. Manche Städte sind ohne Lebensmittelmittel, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Das wird in dem nachfolgenden Bienen (sahander) mit erleben, ein Waisenkind der Eingliederung der Streitkräfte in auch bei uns ausbrechen, wenn kein Mißgeschick mehr in die Stadt kommt. Und warum?

Nicht weil die Eisenbahnen jetzt noch unter dem Zwang der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszuspielen haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Jan. gelten. Die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. In einzelnen Direktionsbezirken sind die Eisenbahnen bereits durch schrittweise Erhöhungen der Löhne in die Lage versetzt, die von den Eisenbahnen verlangte Tarifverträge zu unterzeichnen. Die Eisenbahnen sind in der Lage, die von den Eisenbahnen verlangten Tarifverträge zu unterzeichnen. Die Eisenbahnen sind in der Lage, die von den Eisenbahnen verlangten Tarifverträge zu unterzeichnen.

Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlos Elemente von außerhalb der Organisationen führen aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des

Volkes, sie wollen das Volk zermürden durch Hunger, Kälte und Tod.

Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluß stellt uns vor schwere Pflichten. Die Befehlsgruppen der Entente haben in der Bestimmungen der Friedensverträge und viele andere fast abzuleiten, alles in bestimmten knapp bemessenen Fristen. Bleiben wir mit unseren Vertragspflichten im Hinblick, so drohen uns neue Repressalien und Befestigungen. Darf die endlich erreichte Heimkehr unserer kriegsgefangenen Brüder, die seit Jahren abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden, wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solches freudlos Spiel gefallen lassen? Nein, die preussische und die Reichsregierung werden dem neuen Streik zu Recht und die Lebensbedrohung nicht geben. Nicht zur Regierung, die dieser gewissenlos Entschlossenheit mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegenzutreten wird. Der neue Tarifvertrag erfordert für die Allgemeinheit kann erschwerte Mittel. Damit ist die Grenze erreicht. All die wilden Forderungen wider, außerhalb der Organisationsleistungen stehender Agitatoren, vor allem nach Begabung der Streitkräfte, sind ein für allemal abgelehnt.

Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnen im Namen und im Interesse des gesamten Volkes bringen auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag zieht den Hungerriemen der geringverdienenden lernenden Arbeiter enger und beschwert anheim und innerpolitisches Leid heraus. Laßt nicht weiter mit Euch spielen. Laßt die Verfahrer von Euch, macht Euch nicht mißbilligend um Unklarheit über Arbeiter- und Arbeitslosen. Denkt an die 400 000 Kriegsgefangenen, die Euch Verlassen an der Schwelle der Heimat von Frauen und Familie ansehert.

Wir werden mit aller Macht und mit allem Nachdruck diese Folgen zu verhindern suchen. Was es nottut, wird auf Grund des Paragraphen 48 der Reichsverfassung der Ausnahmezustand verhängt. Es steht nicht im Verbot der Politik, es steht in das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpft mit uns gegen die Fährten.

Berlin, den 11. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Bauer. Koch. Dr. Bell.

Die preussische Staatsregierung:

Hilke. Heine. Dejer.

Ausnahmezustand im Industriebezirk.

Berlin, 11. Januar. Der Reichspräsident erläßt mit Zustimmung des Reichspräsidenten eine Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an die Regierungspräsidenten von Bielefeld, Bismarck, Münster und Minden, wonach die in Artikel 48 des Reichsverfassungsgesetzes vorgesehenen Bestimmungen der preussischen Verfassung im Falle der Not und der öffentlichen Sicherheit auf den Reichswahlmännern übertragen wird. Die Bestimmungen der Verfassungsgesetze auf dem Gebiet der Zivilverwaltung erfolgen mit Zustimmung eines Regierungskommissars. Zum militärischen Befehl über die General A. Manteuffel, zum Regierungskommissar Reichskommissar Gering ernannt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig unterlag eine Verordnung des Reichspräsidenten die Stilllegung Lebens-

er es beheimern würde. Wenn die Ausschüsse erst so hat diese wichtigen Gelegenheiten erledigen würden. Der Reichspräsident der Nationalversammlung habe sich bereits dahin geäußert, die erste Sitzung dieser beiden Gelegenheiten am Freitag, den 16. zwischen der zweiten und dritten Lesung des Verfassungsgesetzes vorzunehmen. Am 17. soll dann unter allen Umständen eine

längere Vertagung der Nationalversammlung eintreten, vom 19. Januar ab würde auch der Plenarsaal der Nationalversammlung nicht mehr zur Verfügung stehen, da am diesem Tage der Beitritt der Zentrumspartei im Reichstagsgebäude stattfindet. Die Gegenstände würden also dann erst in der zweiten Hälfte des Februar in erster Lesung erledigt werden können. Die beiden Gelegenheiten müßten jedoch mit den anderen Gelegenheiten, die sich noch in den nächsten Tagen der Nationalversammlung befinden, zusammen verhandelt werden, da die Materie auf engste zusammenhängt. Sollen die neuen Steuererlasse zusammen mit dem noch in Beratung befindlichen am 1. April in Kraft treten, so müssen die gesamten Steuererlasse spätestens zum 10. März erledigt sein. Wenn der Reichstag darauf besteht, die beiden Vorlagen erst am 19. Januar erledigen zu können, dann würde der Reichsregierung nur das eine Mittel übrig bleiben, die Gegenstände

einschließlich des Plenums der Nationalversammlung zu bringen.

Der Reichstag könnte dann seinerseits einen eigenen Entwurf an die Nationalversammlung bringen. Ich will nicht sagen, daß ich diesen Weg gehen werde, aber jedenfalls will ich ausdrücklich auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, die durch eine Verzögerung der Stellungnahme des Reichstags zu den Gegenständen entstehen könnte.

Der Reichspräsident schloß sich an, daß er nicht in Aussicht stellen könne, vor dem angekündigten Termin die Vorlage zu erledigen. Seine Regierung glaube es ihrem Interesse schuldig zu sein, die Gegenstände

gründlich durchzusehen.

Wenn wir zurückkämen, so ist unsere Arbeit ein wenig weniger, während die Nationalversammlung dieselben Vorlagen oft in sehr großer Breite erledigen konnte. Die Fortsetzung des Reichstagsministeriums ist die letzte Konsequenz des bisher bestehenden Verfahrens, die Fristen immer länger zu machen, um schließlich zu sagen, der Reichstag konnte dazu keine Stellung mehr nehmen.

Der Reichspräsident erklärte, daß seine Regierung nicht während eingeleitet wolle in die Hände des Reichstags, daß ihr die Entwürfe erst am 5. Januar, die Begründung dazu sogar erst heute zugegangen sei. Die Materie, die für Deutschland etwas ganz neues bedeute, müsse vor den Rändern gründlich durchgearbeitet werden und es schlage deshalb vor, die beiden Vorlagen am Freitag, den 16., im Reichstag zu erledigen, so daß dann die Reichstagsversammlung die erste Sitzung noch am Sonnabend, den 17., vornehmen könne.

Auf eine weitere Anregung, ebenso wie für das Verfassungsrecht auch für diese Steuererlasse nach dem Zentrumspartei eine besondere Sitzung abzuhalten, erklärte der Finanzminister Erzberger, daß es ihm im allgemeinen nicht an Mut fehle, daß er aber den Mut nicht aufbringen würde, der Nationalversammlung zuzumuten,

auf einen Tag wieder nach Berlin zu kommen.

Ein Vertreter Preußens erklärte auf die Bemerkung des Reichstagspräsidenten, er werde eventuell die Vorlagen direkt an die Nationalversammlung bringen, daß ihm nach Artikel 69 der Verfassung dieser Weg nicht möglich erscheine. Nach diesem Artikel könne sich die Regierung nur dann direkt an die Nationalversammlung wenden, wenn eine Einigung im Reichstag nicht zustande gekommen ist und die Regierung sei dann verpflichtet, der Nationalversammlung die amnestierende Erklärung des Reichstags darzulegen. Wie will das die Regierung tun, wenn sich der Reichstag mit den Vorlagen überhaupt nicht befaßt hat?

Reichstagsminister Erzberger erwiderte darauf, daß er die Vorlagen jetzt noch an die Nationalversammlung direkt bringen würde, mit der Begründung, daß

der Reichstag eine Zeit gefunden habe, um den Vorlagen Stellung zu nehmen. Er bitte aber, auf diese formelle Auslegung keinen allzu großen Wert zu legen, da er durchaus nicht gesagt habe, daß er diesen Weg gehen werde.

Nach weiterer längerer Debatte stellte der Reichstagsminister Erzberger als die Absicht des Reichstags fest, die beiden Vorlagen am Freitag, den 16., vormittags 1 Uhr, in der Kommission und abends in einer öffentlichen Sitzung zu erledigen, so daß die Nationalversammlung am Sonnabend, den 17., die erste Sitzung vornehmen kann.

Darauf teilte der Reichstagsminister Erzberger mit, daß er heute vormittag mit den

Vertretern der deutschen Bauernschaft

verhandelt habe, und ihnen mit Wirkung vom 1. Januar bis 31. März 1920 eine Erhöhung von 10 Prozent ausgebenen Teuerungsulagen um 150 Prozent zugestanden habe. Der Minister hat, darauf hinzuweisen, daß die Bedingungen der einzelnen Länder sich nicht unterscheiden, daß sie bereit seien, dieser Zugabe zuzustimmen, damit er die entsprechende Staatsförderung im Haushaltsausgleich der Nationalversammlung stellen könnte. Es wäre wünschenswert, wenn auch die einzelnen Länder ihren Beamten die gleiche Zugabe zustimmen ließen, und er sei bereit, den Reichswegen Vorstufungen an die Länder zu gewähren, wenn sie sich die dazu nötigen Summen nicht aufrufen könnten. Die Berechnung würde dann später bei der Auseinandersetzung über die Uebernahme der Eisenbahnen, Post und Telegraphen erfolgen können.

Der Reichspräsident erklärte, daß er den Vorfall übernehmen hätte, blüme der Reichstag noch dem Entwurf von Bestimmungen über Gewährung von Darlehen an Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen sowie von Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen zur Errichtung von Bergmannswohnungen debattieren zu lassen.

Abbruch des Streiks im Versicherungs-gewerbe.

Berlin, 10. Januar. Der Zentralverband der Angestellten teilt dem Waffensinn-Verband mit, daß der Zweck des Streiks im Versicherungsgewerbe, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, erreicht ist, hat der Zentralverband beschlossen, den Streik abzubrechen. Die Arbeit beginnt in allen Betrieben am Montag.